



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses
am 05.05.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz
Zeit: 16:30 Uhr bis 19:03 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 16:48 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	Sitzungsleiterin, CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Stellv. Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 18:18 Uhr
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Herrn Aldag
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Herrn Senius
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Vertreter für Herrn Radtke
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Harald Bartl	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:32 Uhr
Dr. Erwin Bartsch	Sachkundiger Einwohner
Martin Bochmann	Sachkundiger Einwohner
Luisa Hartung	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme ab 17:09 Uhr
Kathleen Hirschnitz	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 17:05 Uhr
Christian Kenkel	Sachkundiger Einwohner
Renate Krimmling	Sachkundige Einwohnerin
Dr. Inge Richter	Sachkundige Einwohnerin
Ulrike Rühlmann	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete Kultur und Sport
Jane Unger	Leiterin Fachbereich Kultur
Sarah Lange	Stellv. Protokollführerin

Gäste

Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Entschuldigt fehlten:

Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

zu **Einwohnerfragen**

zu **Frau Becker zum TOP 5.2**

Frau Dr. Brock las die eingereichte schriftliche Anfrage von Frau Becker vor:

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates, sehr geehrter Herr Scholtyssek,

in Ihrem Beschlussvorschlag begründen Sie die weitere Verwendung des M-Wortes damit, dass sich das M-Wort auf den heiligen Mauritius beziehe und „uns“ deshalb als würdige Schwarze Person begegnet. Wir, die Grüne Jugend Halle, fragen Sie deshalb, wer in diesem „uns“ mit eingeschlossen ist. Immerhin fordern die Ersteller*innen der Petition „Das M-Wort muss weg! Alle M-Apotheken in Sachsen- Anhalt umbenennen“, sowie die zahlreichen Unterzeichner*innen die Umbenennung der Apotheken in Sachsen-Anhalt.

Selbst wenn das M-Wort im Namen der Apotheke am Reileck, sowie dem halleschen Gasthof sich auf den heiligen Mauritius bezieht, ändert dies nicht die kolonialgeprägt abwertende bzw. rassistische Verwendung des Begriffs. Wie die Ersteller*innen der Petition auch in ihrer Begründung schreiben, handelt es sich bei dem Begriff um eine Fremdbezeichnung. Das M-Wort stellt also einen Ausdruck von Macht von weißen Menschen über Schwarze Menschen und andere BIPOC* dar.

Rassismus und Diskriminierung beginnen bei Sprache; wie wir mit anderen Menschen sprechen, aber vor allem wie wir über sie sprechen. Wenn ein bestimmter Teil der Bevölkerung an die weiße Mehrheitsgesellschaft herantritt, sollte das also eine ernstzunehmende Diskussion hervorrufen, besonders wenn es sich dabei um Menschen handelt, die in Machtpositionen wie z.B. politischen Ämtern unterrepräsentiert sind. Als politische Personen, sind Sie vor allem Interessenvertreter*innen der Bewohner*innen dieser Stadt. Das bedeutet auch, dass Sie sich mit Problemen auseinandersetzen müssen, die Sie nicht persönlich betreffen.

Wir fragen Sie deshalb; Wen vertreten Sie mit Ihrem Beschlussvorschlag und warum werden die Belange von Minderheiten von Ihnen als „willkürliche Eingriffe“ bezeichnet?

Herr Dr. Bergner wies darauf hin, dass anscheinend ein Missverständnis vorliegt, dass ein Wortgebrauch mit Bezügen zur Kolonialzeit vorliegt. Das wird dem stadtgeschichtlichen Hintergrund nicht gerecht.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Kulturausschusses wurde von **Frau Dr. Brock**, der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Dr. Brock wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 5.4

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle
Nachtleben

Vorlage: VII/2021/02262

- **hierzu liegt ein ÄA der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vor**
- **Behandlung unter TOP 5.4.1**

TOP 5.5

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und
Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale)

- **hierzu liegt ein ÄA der SPD-Fraktion vor**
- **Behandlung unter TOP 5.5.1**

TOP 5.5.1

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache
Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von
Halle (Saale) VII/2021/02367

Vorlage: VII/2021/02616

- **Hierzu liegt ein ÄA der MB & DIE PARTEI**

Herr Steinke stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtzuständigkeit des Ausschusses zum Tagesordnungspunkt 5.2.

Herr Dr. Bergner sprach sich gegen diesen Geschäftsordnungsantrag aus.

Frau Dr. Brock bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Frau Dr. Brock** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.03.2021
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Vergabe von Fördermitteln der freien Kulturarbeit
Vorlage: VII/2020/01920

- 5.2. Antrag der CDU-Fraktion für eine Stellungnahme des Stadtrates zur Kampagne „gegen das M-Wort“ - „Mohr“ steht in der Tradition unserer Stadt für eine anerken- nenswerte Person
Vorlage: VII/2020/01999
- 5.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/02107
- 5.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungs- stelle Nachtleben
Vorlage: VII/2021/02262
- 5.4.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben; BV VII/2021/02262
Vorlage: VII/2021/02631
- 5.5. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02367
- 5.5.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2021/02367
Vorlage: VII/2021/02616
- 5.5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2
Vorlage: VII/2021/02626
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Vorschlagsliste zur Namensvergabe um Anton-Wilhelm Amo
Vorlage: VII/2021/02546
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
- 9.1. Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Vorschlagsliste zur Namensvergabe um Christa Wolf
Vorlage: VII/2021/02547

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.03.2021

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Vergabe von Fördermitteln der freien Kulturarbeit
Vorlage: VII/2020/01920**

Frau Dr. Wünscher brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Dr. Richter sagte, dass die Richtlinie der Fördermittelvergabe Lücken aufweist, welche durch eine Überarbeitung behoben werden können. Der vorliegende Antrag könnte in diesen Prozess mit einfließen, unter anderem auch die Diskussionen zur mehrjährigen Förderung. Sie regte an, den Prozess im Rahmen einer Arbeitsgruppe zu vollziehen.

Frau Dr. Marquardt verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Ziel der Verwaltung ist die möglichst flexible Verteilung von Fördermitteln unter Einbeziehung einer Empfehlung des Kulturausschusses.

Frau Müller sagte, dass das Anliegen des Antrages nachvollziehbar ist, eine entsprechende Arbeitsgruppe aus ihrer Sicht entbehrlich ist und gerade in der Pandemie die schnelle Ausschüttung der Gelder notwendig war. Eine Nachrückerliste stellt einen guten Kompromiss dar, diese sollte im Zuge der Förderung mitbeschlossen werden.

Frau Rühlmann sprach sich für den Antrag aus.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass eine Nachrückerliste eine gute Lösung ist. Sie bat die Verwaltung, die aktuelle Liste zur Verfügung zu stellen, damit diese diskutiert werden kann. Sie fragte, was unter der Prioritätenliste zu verstehen sei, von der bislang die Rede war. Sie vertagte den Antrag bis Oktober 2021 unter der Voraussetzung, dass der Kulturausschuss in den Prozess der nicht ausgereichten Fördermittel und deren weiteren Vergabe mitgenommen wird und mitentscheiden kann.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass unter der Prioritätenliste die Nachrückerliste zu verstehen ist. Im September wird die Verwaltung den aktuellen Stand der Fördermittelvergabe darstellen und einen Vorschlag für die weitere Vorgehensweise unterbreiten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Vergabe von Fördermitteln der freien Kulturarbeit
Vorlage: VII/2020/01920

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Vergabe von nicht ausgereichten Mittel zur Förderung der freien Kulturarbeit, die sich durch Änderungen im Projektverlauf bei den Zuwendungsempfängern ergeben, durch den Kulturausschuss bestimmen zu lassen.

zu 5.2 Antrag der CDU-Fraktion für eine Stellungnahme des Stadtrates zur Kampagne „gegen das M-Wort“ - „Mohr“ steht in der Tradition unserer Stadt für eine anerkennenswerte Person
Vorlage: VII/2020/01999

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Brock

Jetzt gibt es, vermute ich mal, Frau Mackies, der Wunsch eines Rederechtes?

Frau Mackies

Genau, wir würden gerne das Rederecht beantragen für Herrn Noël Kaboré.

Frau Dr. Brock

Wollen Sie noch einen Satz dazu sagen, mit welchem Hintergrund?

Frau Mackies

Er ist Teil der Initiative, Teil einer der Initiatoren und kann deswegen hier ein bisschen was zu den Hintergründen dieser Petition erzählen und seine Sichtweise darauf vielleicht auch erklären.

Frau Lange

Der Herr hat sich aber leider nicht eingeloggt.

Frau Dr. Brock

Sagen wir es mal so, ich würde Ihnen, Frau Mackies, jetzt noch mal die Möglichkeit geben, da nochmal, wenn Sie können, zu kommunizieren und würde jetzt den Tagesordnungspunkt aufrufen lassen. Sollte es in der nächsten Zeit noch gelingen, dass er in den Warteraum kommt, dann sagen Sie mir einfach Bescheid, Frau Lange. Dann würde ich noch kurzfristig das Rederecht abstimmen lassen.

Okay, dann geht es jetzt zum Antrag. Wer möchte den Antrag einbringen? Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Zunächst mal bedaure ich, dass der Petent, einer der Initiatoren dieser Petition ist, sich hier nicht äußert oder äußern kann. Ich würde sehr gerne darauf reagieren. Denn es ist zum einen natürlich klar, dass wir uns vermutlich mit den Autoren der Petition einig sind, dass Rassismus in unserer Gesellschaft bekämpft werden muss und dass dies auch zu einem sorgfältigen Umgang mit Begriffen herausfordert, und mit der Wortwahl, die wir treffen, wird von mir

jetzt nicht, überhaupt nicht in Zweifel gezogen. Ich glaube aber, dass die Fokussierung auf den Begriff Mohr sachlich ungerechtfertigt ist und dass sie vor allen Dingen für uns als Halblenser, die wir ja mit diesem Antrag gewissermaßen eine Stellungnahme zur Petition geben, vor dem Hintergrund unserer Stadtgeschichte und unserer Stadtkultur, in die Irre führt.

Was meine ich damit? Zunächst einmal wäre natürlich die Petenten zu fragen, in welchem Kontext ihnen der Begriff Mohr tatsächlich als ein rassistisches Schlagwort, ein rassistischer Kampfbegriff oder auch als eine diskriminierende Metapher begegnet. Ich stelle fest, dass der Begriff ausgesprochen selten im Sprachgebrauch ist und dass ich jedenfalls keine Beispiele dafür anführen könnte. Dem steht gegenüber, dass wir in unserer Stadt Halle an verschiedenen Stellen, an Altarbildern, an Wandreliefs und auch in zahlreichen Kunstwerken die Darstellung eines dunkelhäutigen Menschen haben, der auch von einer ehrenvollen Symbolik bekleidet ist. Es ist geradezu eine verehrende Darstellung eines dunkelhäutigen Menschen und dieser dunkelhäutige Mensch ist der Heilige Mauritius, der als antiker Feldherr sich geweigert hat, Christen auf Befehl des Kaisers zu ermorden und deshalb selber mit seinem Heer ermordet wurde; das heißt, er hat sich für Religionsfreiheit eingesetzt, und der Umstand, dass dies in unserer Stadt und im Übrigen auch im gesamten Bistum, ehemaligen Bistum Magdeburg, an verschiedenen Stellen in Kirchen geehrt wird, ist ja in der Sache eher ein Zeichen für Weltoffenheit als ein Zeichen für Rassismus.

Das heißt, wir würden, wenn wir jetzt den Begriff Mohr ächten, indem wir beispielsweise Apotheken oder eine Gaststätte umbenennen, im Grunde genommen einen Begriff diskreditieren, der in der Historie und in der Stadtgeschichte eine positive Funktion in der Wahrnehmung dunkelhäutiger Menschen hat, und wir sollten lieber an dieser Stelle anknüpfen und sagen, was es bedeutet. Dass wir im Grunde genommen diese Beziehung in unserer Stadt traditionell kulturell haben, statt nun plötzlich darauf zu verfallen und zu unterstellen, der Begriff Mohr wäre in einem diskriminierenden Sprachgebrauch. Ich sehe diesen diskriminierenden Sprachgebrauch nicht, und deshalb würde ich geradezu sagen, im Interesse der Bekämpfung des Rassismus, sollten wir diesen Begriff jetzt hier nicht ächten, sondern sollten als Stadt Halle sagen, dieser Begriff steht in unserer Stadt für Toleranz und Weltoffenheit und dies offensiv nach außen tragen und auch denjenigen, die sich da persönlich ja diskriminiert oder jedenfalls in irgendeiner Weise beleidigt fühlen, erläutern, dass dies eine Wahrnehmung ist, die vor der Geschichte unserer Stadt unangebracht ist. Diesen Dialog müssen wir mit diesen Menschen führen, und zwar, wir müssen im Interesse eines richtigen Verständnisses unserer Stadtkultur. Wir sichern unsere Denkmale und die Stadtkultur authentisch zu erhalten. Wir sichern Schriftgut und Archive, um die Stadtkultur authentisch zu erhalten, und wir sollten es auch nicht zulassen, dass der Heilige Mauritius, der uns in Gestalt von Moritz oder Mohr in unserer Stadt begegnet, jetzt in einer völlig irreführenden Kategorisierung gebracht wird.

Ich respektiere Empfindlichkeiten, die möglicherweise bei den Autoren der Petition aufgetreten sind. Aber ich sehe meine Aufgabe darin aufzuklären, statt dieser Petition einfach nachzugeben, denn sie führt in die Irre.

Frau Dr. Brock

Okay, ich sage mal. Gibt es jetzt den Kollegen im Warteraum? Nein. Dann habe ich jetzt eine Redeliste. Ich hatte mich auf die Redeliste gesetzt, dann Frau Müller, dann Herrn Bartl.

Ich spreche jetzt ausdrücklich auch nicht im Rahmen meiner Fraktion, wir sind da auch sehr differenziert umgegangen und haben uns auch Expertise der Heinrich-Böll-Stiftung eingeholt und haben diskutiert, auch darüber, wie diese Darstellungen sind etc. Ich bin dennoch zumindest in Teilen in diesem Falle bei der CDU, weil ich grundsätzlich gegen Bilderstürmerei und Geschichtsverachtung bin. Ich denke, wir sollten uns mit Geschichte auseinandersetzen, aber eine Figur von einer Apotheke zu entfernen oder einen Namen zu ändern, zumal wir da sowieso nicht zuständig sind eigentlich dafür, halte ich nicht für den richtigen Weg. Ich per-

sönlich, das sage ich ja auch offen, wäre zum Beispiel auch dafür gewesen, die Fäuste am Riebeckplatz stehenzulassen, sich sozusagen mit Geschichte und Kunst auseinanderzusetzen und insofern halte ich diese Diskussion eigentlich für ja wichtig, im Sinne von, dass wir darüber reden, aber ich halte die Konsequenz, die hier diese Initiative auf den Weg gebracht hat, die halte ich nicht für den richtigen Weg. Aber, wie gesagt, ich spiegle hier meine persönliche Meinung wider, nicht die der grünen Fraktion. Frau Müller.

Frau Müller

Na ja, es geht tatsächlich ein bisschen auch meinerseits in die Richtung, bzw. ich glaube, man muss ja mal wirklich Dinge voneinander unterscheiden. Das, was die Initiative mit angestoßen hat, das geht schon in Richtung Umbenennung, sowohl der Mohrenapotheke oder auch anderen Einrichtungen, die den Namen tragen. Ich persönlich, da spreche ich jetzt auch nicht für meine Fraktion, sondern auch für mich persönlich, ich bin auch nicht der Meinung, dass diese Namen geändert werden sollten. Da habe ich auch ein Problem mit, sehe ich einfach auch anders.

Nichtsdestotrotz, Frau Dr. Brock hat es gerade auch gesagt, der Stadtrat ist dafür gar nicht zuständig. Das heißt: Über eine Umbenennung der Mohrenapotheke brauchen wir ja überhaupt nicht zu diskutieren. Das geht uns verdammt noch mal nichts an im Stadtrat.

Was ich aber trotzdem auch sagen muss, also dem Antrag der CDU werden wir so natürlich nicht zustimmen. Ich finde, das ist dann nämlich doch noch mal ein bisschen komplexer. Als Stadtrat, zumindest wir können auch nicht mitgehen. Der CDU-Antrag hat jetzt eine Definition, wo der Begriff Mohr herkommt und hält halt an dieser Argumentation auch fest und stellt das sozusagen als überhaupt nicht diskriminierend hin, und das ist was, womit wir dann auch wiederum ein Problem haben. Also die Befindlichkeit der Initiative, und Befindlichkeit ist jetzt an der Stelle gar nicht despektierlich gemeint, sondern wirklich das Anliegen, das ist was, was schon auch diskutiert und zur Kenntnis genommen werden muss. Also dass der Begriff Mohr einfach für Menschen mit schwarzer Hautfarbe diskriminierend ist, dem kann man sich meiner Meinung nach nicht verwehren, indem man jetzt so stringent wie in dem Antrag an der Interpretation festhält, das ist der Heilige Mauritius, das ist so, und das ist überhaupt nicht diskriminierend. Und ich kann mich erinnern, Tom Wolter hatte das, glaube ich, im Stadtrat, als der Antrag eingebracht wurde, auch an einer Stelle ganz gut auf den Punkt gebracht. Und Herr Dr. Bergner es ist jetzt gar nicht, nehmen Sie es mir gar nicht für übel, aber Sie haben das vorhin auch noch mal so zum Ausdruck gebracht, indem Sie gesagt haben: „Ich finde das nicht diskriminierend“, und das ist genau der Punkt. Wir sind alle Menschen mit weißer Hautfarbe, wie wir hier sitzen, und es diskutieren hier ausschließlich Menschen mit weißer Hautfarbe darüber, ob sie das diskriminierend finden oder ob sie das nicht diskriminierend finden. Und das ist das Problem.

Deswegen, ich finde das gerade sehr misslich und sehr traurig, dass Herr Kaboré leider nicht da ist, das wäre jetzt nämlich die Chance gewesen, eben auch mal genau die Situation der Menschen mit schwarzer Hautfarbe darzustellen, und wie sie sowas empfinden. Und ich finde, dem muss man auch entgegenkommen, kann dann eben auch nicht so stringent an der Version des Heiligen Mauritius und ist alles überhaupt nicht diskriminierend festhalten. Also, dem muss man mal entgegenkommen, und im Übrigen hätte ich auch genau aus dem Grund, obwohl wir diesen Antrag ablehnen werden, ich hätte tatsächlich den GO-Antrag von Herrn Steinke, ich war da vorhin hin- und hergerissen, ich bin schon der Meinung, dass das ganz in Ordnung ist, dass man es jetzt diskutiert. Wie gesagt, leider ohne Herrn Kaboré oder jemanden anderen aus der Initiative. Aber ich glaub ja, das ist schon klar geworden, was ich meine. Die Menschen mit schwarzer Hautfarbe und auch die, die diese Initiative angestoßen haben, die haben meiner Meinung nach schon ein bisschen mehr Verständnis auch für ihr Anliegen verdient, als ihnen zu sagen, der Heilige Mauritius war es, ist nicht und Tschüss. Um es jetzt mal ein bisschen verkürzt und überspitzt auszudrücken. Danke.

Frau Dr. Brock

Okay, ich teile Ihnen meine Rednerliste mit. Ich habe Herrn Bartl, Herrn Lochmann und Frau Rühlmann. Herr Bartl.

Herr Bartl

Also, ich kann auch nicht raus aus meiner Haut. Ich versuche mich auch hineinzudenken in Minderheiten, habe das in meinem ganzen Berufsleben gemacht, bin aber nun mal ein weißer Mann. Möchte hier zur Kenntnis geben oder die Frage stellen zu dieser Debatte, und die ich auch gut und wichtig und wertvoll finde: Sprache und wenn wir sind ja bei Sprache, so war ja auch das Eingangsstatement, Sprache hat sich immer geändert, über die Jahrtausende, und wir können noch fragen, hat sich denn der Mensch geändert, ist der Mensch vollkommener geworden. Mittel des Menschen und Haltungen haben sich sicherlich geändert, aber sind nicht archaische Grundeigenschaften trotz Änderung der Sprache immer erhalten geblieben, sind die nicht auch heute da? Also, ich würde erst mal versuchen auch der Initiative klarzumachen, dass wir mit gewisser Unvollkommenheit in unserem Menschsein leben müssen.

Als Theologe würde ich sagen, wir sind und bleiben und waren unerlöst. Die Vollkommenheit findet woanders statt. Wir werden auch in unserer heutigen Zeit mit Fragen wie Neid, mit Hybris, ja mit unvollkommener Liebe, mit Unerkanntsein, wir werden damit immer zu tun haben. Und das hat erst mal nichts mit der Sprache zu tun. Die Sprache ändert sich, aber doch damit nicht der Mensch, und ich frage jetzt auch noch weiter, wenn wir Sprache ändern, wer sind denn hier die Sprachhüter, die meinen, damit Menschen erziehen zu wollen. Erziehungsmodelle hatten wir in der Geschichte schon genug, und ich frage, wir sollten vielleicht auf andere Kriterien achten. Wie können wir besser Empathie entwickeln? Wo sind die normativen Kräfte dafür da, dass wir uns einfühlen können, gerade in Minderheiten, damit wir Solidarität üben können? Aber es geht nicht mit irgendwelchen Kampagnen, mit irgendwelchen Holzhammern, schon gar nicht mit Geschichtsvergessenheit.

Also ich sage, dass wir durchaus hier versuchen sollten, die Debatte zu führen, aber nicht mit, das M-Wort muss weg, das heißt, schon wieder, das ist eine polarisierende Sache, wo Kraft immer gleich Gegenkraft erzeugt. Mit solchen Fragen oder mit solchen Polarisierungen kommen wir nicht weiter. So weit, so gut.

Frau Dr. Brock

Herr Lochmann.

Herr Dr. Lochmann

Ja, also erstmal zu der Gleichsetzung Mauritius mit dem Mohr. Das ist erstens sehr umstritten, dass das überhaupt gültig ist, und zum anderen kommt es darauf an, womit man das M-Wort oder den jeweiligen Namen verknüpft. Der heilige Mauritius, wenn man auch die mittelalterlichen Darsteller sich ansieht, ist ja tatsächlich sehr stattlich dargestellt auch sehr positiv dargestellt. Insofern ist dort ja eher sozusagen eine positive Verknüpfung zwischen Menschen mit schwarzer Hautfarbe, Heilige Drei Könige genauso, sozusagen, wo man das positiv besetzt. Der Mohr ist als Begriff im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts durch die Kolonialisierung in dort üblicher Darstellung in einer ganz anderen Weise sozusagen verknüpft worden. (Unverständlich) Sie kennen alle diese Bilder von Wilhelm Busch, der das auch gemacht hat. Auch diese Figuren an der Mohrenapotheke oder die Darstellung, die sich in der Gaststätte zum Mohr dort befinden. All die fördern diese Verknüpfung (Unverständlich) mit dieser Karikatur eines schwarzen Menschen, und damit ist sozusagen, durch diese Verknüpfung wird dieser Begriff rassistisch. Und abgesehen von dem Thema, ich sage ja auch, wir sind dafür nicht zuständig. Aber sich zu sagen, sich auf die Seite derer zu schlagen, naja Mohr ist doch ein ganz normales Wort, kann man doch verwenden, man kann auch Mohr sagen. Dann gibt es auch welche, die sagen, man kann das N-Wort auch benutzen, ist

ja auch nur ein Wort. Das geht aber in dieselbe Richtung. Und es ist, glaube ich, eindeutig, dass der Begriff des Mohren verknüpft ist mit der Sicht des Kolonialismus, auf schwarze Menschen, nämlich auf Minderwertigkeit, ja auf diese karikaturhafte Figur und insofern kann man das nicht unterstützen, dass dieses Wort verwenden sollte, darf.

Ob man jetzt sozusagen aus historischen Gründen das umbenennen muss, das ist eine andere Frage. Man hat auch in Wittenberg die Judensau an der Kirche gelassen und durch ein Schild dann darüber aufgeklärt, dass das ein historischer Hintergrund ist usw. Da bin ich durchaus dafür, weil man das sozusagen dort auch eben reflektiert vor dem Hintergrund der Zeit, in der es entstanden ist. (Unverständlich) kann man nicht reflektieren, warum dieser Begriff dort so entstanden und auch dieses Bild von schwarzen Menschen dort so entstanden ist. Das heißt aber nicht, dass es kein rassistischer Begriff ist. Wenn wir plötzlich die Mauritiusapotheke umbenennen würde, hätte, glaube ich, keiner ein Problem damit, aber das ist sozusagen die Situation, deswegen bin ich auf keinen Fall dafür, sich gegen diese Initiative aussprechen. Wie man mit der Mohrenapotheke und der Gaststätte Zum Mohr umgeht, das kann man nochmal separat diskutieren, das ist aber ein anderer Ansatz.

Frau Dr. Brock

Ich habe jetzt Frau Rühlmann, dann mich, und dann nochmal Herr Dr. Bergner dann, Frau Müller und Herr Raue.

Frau Rühlmann

Vieles ist schon gesagt worden. Ich kann auch nur nochmal betonen, dass...ich halte diese Petition, die ursprünglich gestartet wurde, absolut nicht für eine zielführende Debattenkultur. So notwendig ich die Debatte an sich finde. Ich finde aber jetzt eine Antwort des Stadtrates darauf, dass man sozusagen, das ist genauso unangemessen wie beim Land zu versuchen, auf die Namensgebung von Apotheken in Sachsen-Anhalt einzuwirken. Genauso unangemessen fände ich eine Reaktion des Stadtrates auf diese Petition und sich da schützend davorzustellen. Vielleicht noch eine kleine Anmerkung, Herr Dr. Bergner, Sie erwähnten die so positive Darstellung des Mohren in Halle und haben die absolute Verknüpfung zu Mauritius gezogen, die ich auch für sehr fraglich halte. Aber ich glaube, Sie brauchen bloß mal von Ihrem Wohnort über die Giebichenstein-Brücke zur Gaststätte Mohr zu gehen, um eine reinweg kolonialistische Darstellung von Mohren zu sehen, wie man sie eigentlich gewohnt ist. Das fängt draußen an, bei der Darstellung des Kopfes, das geht innendrin weiter, da stehen irgendwelche Leuchterfiguren von leicht bekleideten schwarzen Menschen auf den Tischen. Dann gibt's noch irgendwie so eine Figur, die da in roter Dienstenjackette rumsteht. Die Gesichter, die Gestaltung der Gesichter haben nichts von der Figur am Reileck, sondern sind wirklich eher in der Tradition der (unverständlich), aus den USA zu sehen und dieser Bildsprache. Und ich glaube, das darf man, also das kann man nicht alles sagen, dass das irgendwie gut wäre und ein positives Bild wäre, das ist etwas anderes. Und wir müssen darüber diskutieren, wir müssen darüber reden, und zwar am besten, weder mit Petition noch mit Stadtratserklärungen, weil das eigentlich nur die Gräben vertieft. Deswegen würde ich auch Ihren Antrag ablehnen, ohne in jedem Punkt hier einer anderen Meinung zu sein.

Frau Dr. Brock

Ja, jetzt hatte ich mich dann Herrn Dr. Bergner, dann Frau Müller und Herrn Raue.

Ich würde jetzt nochmal an die Antragsteller appellieren, vielleicht wirklich noch mal, vielleicht insofern in sich zu gehen, zu gucken, ob man das wirklich braucht jetzt, eine solche Petition, und gegebenenfalls würde ich sogar für eine Vertagung, vor dem Hintergrund, dass wir vielleicht doch noch einen Sachverständigen hören können, plädieren, weil sich die Diskussion jetzt zeigt, gibt es eben, sage ich mal, etwas differenziertere Herangehensweisen, und vielleicht könnte man auch den Antrag da nochmal überarbeiten. Also es wäre jetzt so meine Frage, mein Appell, ob wir jetzt wirklich diese Polarisierung dadurch jetzt eher verstärken als entschärfen. Das war jetzt mein inhaltlicher Beitrag, jetzt kommt Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Ja, ich kann da unmittelbar anknüpfen: Warum ist dieser Antrag gestellt worden? Die Petition richtet sich an den Landtag. Sie wird dort im Petitionsausschuss wahrscheinlich nicht mehr in dieser Wahlperiode, denn sie ist ja noch nicht abgeschlossen, behandelt werden. Ich bin selbst Mitglied des Petitionsausschusses vor vielen Jahren gewesen und erinnere mich, dass wenn man über solche Petitionen befindet, man durchaus auch Voten aus unterschiedlichen Gesichtspunkten bewertet. Und der Antrag ist formuliert im Sinne einer Resolution, indem der Stadtrat von Halle darauf aufmerksam macht, dass die Petition den Begriff Mohr in einer sehr, sehr einseitigen Sichtweise und Begriffstradition darstellt. Und ich glaube, dass wir dies als Hallenser tun wollen, und wir betonen ja in dem Antrag auch deshalb auch die halesche Stadtgeschichte. Das tun wir aus dem Grunde, weil nun bei uns der Mohr im Sinne als einen vom heiligen Mauritius abgeleiteten Begriff eine besondere Prominenz hat, sowohl in der Kunst, als auch in der Geschichte unserer Stadt. Und insofern sollten wir uns verpflichtet fühlen, uns zu positionieren, damit der Petitionsausschuss, der über die Petition zu befinden hat, auch unser Meinungsbild und unser Votum kennt.

Nun wurde die Situation vorgetragen und das will ich ja durchaus ernst nehmen, dass wir hier gewissermaßen aus der Perspektive angestammten Beweis heutiger Menschen über Menschen, über die Empfindungen von Menschen reden, die dunkelhäutig und die wegen ihrer Dunkelhäutigkeit Diskriminierung erfahren.

Ich will etwas anderes sagen, was in der Integrationspolitik für mich immer sehr wichtig gewesen ist. Zur Integration gehört ein interkultureller Dialog, und ich sehe es als eine Aufgabe des interkulturellen Dialoges an, dass wir klarmachen, auch denjenigen deren Empfinden ich durchaus ernst nehme, dass es hier eine ganz andere Traditionslinie gibt. In dem Fall in unserer Stadt. Dass es Verehrung eines dunkelhäutigen Menschen gegeben hat, Anbetung eines dunkelhäutigen Menschen, dass es Zeiten gegeben hat, indem von Diskriminierung keine Rede sein konnte und dass wir in dieser Tradition stehen und dass wir diese Tradition bewahren wollen, und dies scheint mir ein Beitrag zum interkulturellen Dialog zu sein, den wir dabei (unverständlich) und nicht etwa ein Beitrag zum Beharren auf irgendeiner Deutung.

Und Herr Lochmann, ich finde, Sie machen es sich auch ein bisschen einfach, wenn Sie betonen, unter Hinweis auf Wilhelm Busch, gut, ja, weiß jetzt nicht, was da mit konkret gemeint ist. Dass es jedenfalls eine ambivalente Wahrnehmung gibt, wenn wir die gesamte Kulturgeschichte sehen. Aber wir können doch Ambivalenzen nicht dadurch auflösen, dass wir ausgerechnet die diskriminierende Version betonen und die genau gegenteilige Version ignorieren und überhaupt nicht zur Geltung kommen lassen. Dies ist meines Erachtens also kein geeigneter Umgang, um gewissermaßen eine solche Wortfindungsfrage in einer angemessenen und auch in einer vernünftigen Weise zu lösen.

Das heißt also über Vertagung oder anderen können wir aus meiner Sicht gerne reden, aber wir können uns gewissermaßen, nachdem die Petition, die ja ziemlich aggressiv formuliert ist, das will ich nochmal ganz deutlich sagen. Ich empfehle jedem Mal auf die Internetseite zu gucken, das ist eine sehr aggressiv formulierte Petition. Nachdem diese Petition im Raum ist, fände ich es jedenfalls fatal, wenn wir gewissermaßen so tun, als geht uns das alles nicht an, denn das wäre ein Ausweichen aus einem notwendigen interkulturellen Dialog.

Frau Dr. Brock

Okay, dann habe ich jetzt Frau Müller, Herrn Raue und Herrn Bochmann.

Frau Müller

Das ist tatsächlich eine ganz schwierige Situation. Ich sag mal so, der Antrag der CDU ist jetzt auch ein Stück weit aggressiv, also von Bilderstürmerei zum Beispiel zu sprechen, ist jetzt auch nicht sehr diplomatisch an der Stelle, das muss man auch mal dazu sagen. So, und wir drehen uns leider auch bei der Frage im Kreis: Was ist denn jetzt die richtige Deu-

tung und was ist denn nicht die richtige Deutung? Es liegt im Übrigen in der Natur der Sache, weil die richtige Deutung ist für jeden was anderes. Deswegen ist es eine Deutung. So, und insofern ist das, kommen wir wahrscheinlich an der Stelle auch nicht weiter.

Ich wollte zumindest nur auch nochmal was sagen, weil wir gerade bei einer sozusagen bei einer Diskussion sind, also bei einer notwendigen Diskussion, ich glaube, da besteht hier gar kein Dissens, eben auch die Frage, wie man sie führt. Da ist nämlich am Anfang auch gleich mächtig was schiefgegangen. Das muss man vielleicht an der Stelle auch nochmal in Erinnerung rufen. Ich kann mich erinnern, als diese Petition damals öffentlich wurde, da hatte ich, ich glaub die CDU hatte ihren Stadtparteitag damals im Gasthof zum Mohr, und er hat sich eben leider auch, das wurde presseöffentlich, deswegen kann man es ja hier auch ruhig noch mal so sagen. Da hat sich eben leider auch der Kreisvorsitzende Marco Tullner nicht ganz angemessen in der Sache geäußert, indem er geschrieben hat, dass diese Debatte eine Schande für die politische Kultur sei, eine Schande für die politische Kultur. Ich hab mich damals selbst mit Herrn Tullner persönlich auf Twitter auseinandergesetzt, wie man das heutzutage zumindest hin und wieder mal so macht und hab ihm genau das auch gesagt, dass das, dass ich das unfassbar finde, es sozusagen eine Schande für die politische Kultur zu bezeichnen, dass es Menschen gibt, die einfach auf dieses Thema aufmerksam machen, die sagen, der Begriff Mohr ist diskriminierend, zumindest für einen bestimmten Teil der Bevölkerung.

Marco Tullner antwortete mir wiederum darauf, dass doch der Gasthof Mohr mit Drohbriefen, mit Hassmails und anonymen Drohungen belegt wurde und das doch sozusagen die Schande der politischen Kultur sei. Und da wurden einfach mal Sachen auch völlig durcheinander geschmissen. Die Initiatoren dieser Petition, die haben niemals anonym agiert. Die haben von Anfang an öffentlich, presseöffentlich mit ihrem Anliegen agiert. Und ja, es gab Drohbriefe und Drohungen gegen den Gasthof Zum Mohr, die ich und, ich denke, wir alle hier völlig daneben finden, und sowas steht auch überhaupt nicht zur Rede, dass man sowas irgendwie gut finden kann. Aber es wurden dann eben gleich am Anfang auch genau diese beiden Sachen zusammen geworfen. Da wurde nicht mehr getrennt zwischen den eigentlichen Initiatoren, die öffentlich und korrekt ihr Anliegen angebracht haben und irgendwelchen, ich sage es jetzt mal Spinnern, die der Meinung sind, den Gasthof Zum Mohr Drohungen ins Haus zu schicken. Das wollte ich an der Stelle auch nur noch mal gesagt haben, weil leider geht in der Debatte sowas auch immer schief oder oftmals schief. Und an der Stelle eben leider von einem prominenten und exponierten CDU-Vorsitzenden in der Stadt Halle. Und da würde ich auch mal drum bitten, dass das in Zukunft auch ein bisschen diplomatischer vonstatten geht. Aber, wie gesagt, ich hab damals schon mein Teil mit Herrn Tullner ausgetragen, an der Stelle. Danke.

Frau Dr. Brock

So, jetzt bin ich in der Situation, dass ich einerseits Gesprächsleiterin bin, andererseits einen GO-Antrag stellen möchte, was ich aber natürlich als Mitglied dieses Ausschusses auch darf. Ich würde jetzt den Antrag auf Vertagung stellen, und zwar mit zwei Argumenten: Einerseits, dass es funktioniert, dass wir einen Sachverständigen hören, und meine persönliche Intention wäre auch mal auf die CDU zuzugehen, ob man gegebenenfalls, wenn sie bereit sind, den Text sozusagen etwas weniger polemisch gestalten könnte, das ist allerdings ja erst das zweite Argument. Das erste Argument wäre, dass wir einen Sachverständigen dazu anhören, und den würde ich jetzt abstimmen lassen, diesen Geschäftsordnungsantrag, wenn es nicht noch eine Gegenrede geben sollte.

Herr Raue

Den gibt es.

Frau Dr. Brock

Zur Vertagung, nicht inhaltlich, sondern zur Vertagung?

Herr Raue

Ja, ja, natürlich zur Vertagung. Sie hatten ja vorhin Ihre Liste, die Rednerliste vorgetragen und da bin ich die letzte Person, die auf der Rednerliste ist, und wenn sie jetzt vertagen, fühle ich mich echt beschnitten von Ihnen. Und ich glaube nicht, dass Sie das wollen. Das wäre jetzt mein demokratisches Recht hier bei uns auch noch, möglicherweise als letzter zu Wort zu kommen, und ich glaube nicht, dass Sie mir das nehmen wollen. Sie sind ja auch eine große Demokratin, zumindest halten Sie sich für eine, und deswegen fordere ich Sie auf, diesen Antrag jetzt nicht zu stellen, mich nicht zu diskriminieren an dieser Stelle und mich wenigstens noch kurz thematisch zu Wort kommen zu lassen. Danach können wir natürlich das Thema dann auch schließen, wenn sich keiner weiter zu Wort meldet, denn dieser Ausschuss ist wirklich dafür da, dass alle Meinungen und Positionen auch ausgetauscht werden können und dass es nicht wie im Stadtrat, dass wir da durchhetzen müssen, sondern hier kann jeder tatsächlich seinen Sachbeitrag leisten. Und deswegen wünsche ich mir einfach, dass Sie den Antrag einfach mal zurückziehen. Der ist, glaube ich an der Stelle nicht notwendig.

Frau Dr. Brock

Es waren nicht nur Sie noch auf der Redeliste. Ich habe den Antrag gestellt, und es wird jetzt abgestimmt, wer vor dem Hintergrund meiner Argumentation für die Vertagung ist, den bitte ich. Ach so erstmal die Sachkundigen. Wer von den...

Frau Lange

Geschäftsordnungsanträge nur die Stadträte.

Frau Dr. Brock.

Dankeschön. Dann haben wir nur die Stadträte. Wer für die Vertagung ist, mit Ja, ansonsten die Position. Herr Lochmann?

Herr Dr. Lochmann

Ja.

Frau Dr. Brock

Brock. Ja. Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Ja.

Frau Dr. Brock

Frau Mackies.

Frau Mackies

Ja

Frau Dr. Brock

Frau Müller.

Frau Müller

Ja.

Frau Dr. Brock

Herr Raue.

Herr Raue

Natürlich nicht.

Frau Dr. Brock
Frau Schmidt.

Frau Schmidt
Ja.

Frau Dr. Brock
Herr Sondermann.

Herr Sondermann
Ja.

Frau Dr. Brock
Herr Steinke.

Herr Steinke
Enthaltung.

Frau Dr. Brock
Frau Dr. Wünscher.

Frau Dr. Wünscher
Ja.

Frau Dr. Brock
Gut, damit ist der Antrag vertagt.

- Ende Wortprotokoll-

**zu 5.2 Antrag der CDU-Fraktion für eine Stellungnahme des Stadtrates zur Kampagne „gegen das M-Wort“ - „Mohr“ steht in der Tradition unserer Stadt für eine aner kennenswerte Person
Vorlage: VII/2020/01999**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Vor dem Hintergrund der historischen und kirchlichen Traditionen unserer Stadt wendet sich der Stadtrat von Halle gegen derzeitige Versuche, die Bezeichnung „Mohr“ aus den Namen von Apotheken oder Gaststätten unserer Stadt zu tilgen. Diese bilderstürmerischen Vorstöße greifen willkürlich in die Rechte von Eigentümern bzw. Inhabern zur Vergabe von Firmennamen ein. Vor allem aber missachten sie Herkunft und Bedeutung der Bezeichnung „Mohr“ im Rahmen unserer Stadtgeschichte. In unserer Stadt ist Bezugsperson für diesen Begriff der heilige Mauritius, der uns als Farbiger in mittelalterlichen Darstellungen stets in Gestalt eines würdigen Schutzpatrons begegnet. In dieser Form ist er auch Namensgeber von Kirchen in unserer Stadt und in unserem Land geworden.

Die Beseitigung der in unserer Stadt vorhandenen Verwendungen der Bezeichnung „Mohr“ wäre deshalb kein Beitrag zur Bekämpfung des Rassismus, wohl aber ein willkürlicher Eingriff in städtische Traditionen.

zu 5.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/02107

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Raue

Nochmal fürs Beschneiden eben, das fand ich ernsthaft unglücklich. Sie haben sich als keine gute Demokratin gerade eben erwiesen und auch als schlechte Sitzungsleiterin...

Frau Dr. Brock

Herr Raue, ich bitte.

(Zwischenrufe)

Herr Raue

Ich habe das Wort, und ich möchte jetzt zum Antrag sprechen. Das wollte ich Ihnen gerne noch mitgeben.

Ja, wir haben unseren Antrag hauptsächlich deswegen gestellt, weil wir ja in der Stadt alle wissen, das Reil 78, das zu einem ziemlich günstigen Preis, wenn nicht gar fast unentgeltlich, dem Verein KubultubuRebell zur Verfügung gestellt, und die betreiben dort, wie sie sich das so vorstellen, ihre Jugendarbeit. Zum zweiten haben wir, dankenswerterweise ist das durch eine Anfrage von Herrn Bönisch noch mal zutage getreten, eine Förderung im Reil 122, wo ein Antifa-Café durch die Stadt Halle mehr oder weniger indirekt auch gefördert wird, weil dieses Gebäude oder vielmehr im Vorder- und Hinterhaus, es sind eigentlich zwei Gebäude, zu einem äußerst geringen Mietpreis, weiß ich gar nicht, ob ich das hier sagen darf, fast zum Nulltarif zur Verfügung gestellt wird, und wir sind einfach der Auffassung jetzt als demokratische Fraktion, auch Rechtsstaatsbekenntnis auch abzufordern bei der Stadtverwaltung und diesen Missstand zu korrigieren.

Die Stadtverwaltung hat auf unseren Antrag hin, der letztendlich darauf, wie sie das schon vorgetragen haben, darauf abzielt, diese Förderung und auch die indirekte Förderung von Extremismus einzustellen und die möglichst im Rahmen der rechtsstaatlichen Bewegungsfreiheit dann auch zu stoppen, wenn da Förderungen laufen. Das ist für uns eine sehr wichtige Veranlassung gewesen, denn jeder von uns kennt im Prinzip Aktionen von Antifa und Roter Hilfe. Die verkehren dort regelmäßig. Die beiden Organisationen treten eigentlich demokratiefeindlich auf, die sind linksextremistisch auch eingestuft im Verfassungsschutzbericht. Sie haben eine militante Vorgehensweise, sind jugendgefährdend aus meiner Sicht, aus unserer Sicht, im Übrigen auch aus Sicht der Beigeordneten für Bildung bei uns in Halle. Ja, sie sind regelmäßig gewaltbereit, und sie stehen eben nicht für Meinungsfreiheit und Pluralismus.

Und andere Meinungen, Auffassungen, Personen, die zu anderen Meinungen stehen, die werden bekämpft, unterdrückt, auch militant. Politiker, aber nicht nur Politiker, sondern viele Menschen auch im Zivilleben, Besucher von Kundgebungen und Demonstrationen, denen wird aufgelauert, denen wird hinterhergejagt, denen werden Fahrzeugreifen abgestochen, Fahrzeuge abgebrannt. Das alles geht offensichtlich auch vom Haus Reil 78 aus. Auch die 1. Mai Kundgebungen, da ziehen sich regelmäßig die sogenannten Antifaaktivisten, wie sie sie bezeichnen, ich nenne sie einfach Terroristen an dieser Stelle, die ziehen sich regelmäßig zurück. Das war auch schon damals so im Hasi gewesen, das ist ja nun Gott sei Dank ge-

geschlossen, aber es finden sich in der Stadt einfach genug Rückzugsräume, die eben öffentlich, fast öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Ja, also wo im Prinzip die Stadtverwaltung einen Vertrag abgeschlossen hat, und am Ende die Vertragspartner, in diesem Fall KubultubuRebell, da nicht drauf achten, wer bei ihnen in den Räumlichkeiten da Rekrutierungsmaßnahmen durchführt, Vorträge durchführt, auch Vorträge, wie bekämpfe ich im Prinzip die Bundesrepublik Deutschland, wie entziehe ich mich Polizeigewalt, Nahkampftraining und sonst sowas, wie werfe ich Steine und dergleichen.

Das sind alles Sachverhalte, die muss die Stadtratsverwaltung wissen, die kritisiere ich schon seit sehr langer Zeit, die Antifa geht einfach rigoros und zerstörerisch, um in ihrer Zielverfolgung, sie bekämpft unseren Staat und auch seine Repräsentanten, die ja in der Regel Polizisten sind. Das macht sie nicht nur aktiv durch...

Frau Dr. Brock

Können Sie bitte zum Antrag sprechen?

Herr Raue

Ich spreche ja zum Antrag, weil das ja einfach ganz wichtig ist, das gehört dazu, dass Sie das auch alle wissen. Sie sind ja im Prinzip diejenigen, die ja letztendlich zum Antrag sich auch verhalten und ich rufe ja eigentlich auch Sie auf, dass Sie unserem Antrag dann auch letztendlich zustimmen. Und deswegen ist es wichtig, dass Sie einfach den Grundsound auch kennen, indem wir uns jetzt hier bewegen. Also, die Antifa stellt sich hier immer gerne dar, als Kraft, die antifaschistisch, das ist so ein schöner Kampfbegriff, ja antifaschistisch bewirkt, aber das ist natürlich nur ein Vorwand. Ja, und das können Sie auch überall nachlesen. Dieser Antifaschismus, das ist von der Antifa einfach nur ein Vorwand, um im Prinzip unseren Staat, die BRD oder Deutschland als Ganzes zu bekämpfen, auch seine Repräsentanten. Die ganzen Aktivitäten der Antifa zielen auch letztendlich auf die Abschaffung Deutschlands auch als Verfassungsstaat ab.

Deswegen ist sie auch eingestuft im Verfassungsschutzbericht als linksextremistische Kraft, und die Stadt hat einfach die Aufgabe, aus meiner Sicht, demokratische und rechtsstaatliche Auffassungen bei unseren Kindern letztendlich zu fördern und keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, wo im Prinzip jugendgefährdende Inhalte vermittelt werden, Haltungen vermittelt werden, die einfach gegen unseren Staat, gegen unsere staatliche Werteordnung gerichtet sind. Das müssen wir alle auch mal so erkennen und dann auch die Konsequenz ziehen. Und ich sage mal, das kann ja keine Lösung sein, dass alles Verhalten der Antifa irgendwie auf Anarchie abzielt und die rechtsstaatliche Ordnung, so wie wir sie kennen, wie wir sicher leben, völlig infrage stellt und abschaffen will.

Und das Land, die Stadt und auch der Bund, Bund sowieso, der gibt verdammt viel Geld aus in seinem Programm Demokratie leben und gerade zur Demokratieerziehung, und genau das konterkarieren wir in der Stadt, wenn wir im Prinzip auf Umwegen es zulassen, dass die Antifa beispielsweise oder auch die Rote Hilfe in städtischen Immobilien, die also für ein kleines Geld überlassen werden, also wirklich für eine kleine Pauschale überlassen werden, dass die dort ihre Rückzugs- und Rekrutierungsräume haben. Also das denke ich, das kann auch nicht in Ihrem Interesse sein, wir wollen, dass alle Meinungen in Deutschland auch zu Wort kommen können, wir wollen Meinungspluralität leben, da muss ich Ihre Auffassung ertragen, Frau Dr. Brock, an dieser Stelle, und Sie sollten meine ertragen aber wir sollten in jedem Fall alle beide dafür kämpfen und das würde ich auch tun, dass Sie Ihre Meinung sagen können. Ja, also ich möchte auch nicht, dass Sie in irgendeiner Form unterdrückt werden, dass jemand Sie schneidet, Sie haben genauso das Recht, wie jeder andere, Ihre Meinung zu äußern, und ich muss sie auch hinnehmen, muss sie nicht gut finden, aber das ist nun mal unser aller verbrieftes Recht, und da kann sich keine Organisation rausnehmen, anderen Menschen dieses Recht zu nehmen, ihre Meinung zur äußern, eine Haltung zu zeigen, für Werte einzustehen, die sie sich selbst gegeben und definiert haben. Und an der

Stelle bin ich eben da auch mit unserem Antrag, der ziemlich konsequent, und sage, die Stadt muss einfach alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen jetzt an dieser Stelle die Stadt. Und muss sehen, dass sie das unterbindet, dass Antifa und Rote Hilfe in diesen städtischen Immobilien weiter Leerräume finden, wo sie im Prinzip die Zivilgesellschaft infiltrieren und in sie eindringen und unter dem vermeintlichen Vorwand eben Antifaschismus, das im Prinzip ja auch was Gutes ist, Antifaschismus, aber selbst faschistisch wirken.

Und deshalb rufe ich Sie einfach alle auf, uns da auch an dieser Stelle zu unterstützen und das auch wirklich mal für sich selbst zu reflektieren. Das kann nicht unser Ziel sein, das kann auch nicht die Jugendförderung sein, die die Stadt sich auferlegt hat, da müssen wir aufpassen. Wir wollen, dass sich unsere Kinder zu jungen, selbstbewussten, verantwortungsvollen Menschen entwickeln und nicht des Steinwerfens auf Polizisten, die die Legitimierung des Staates, letztendlich durch irgendwelche Vokabeln und Propaganda um sich greift und unsere Kinder einfach auf den falschen Weg bringt. Das bringt uns allen nichts. Und ich sag mal ganz ehrlich, heute leiden wir drunter. Ich möchte nicht, dass morgen Sie drunter leiden, und unser Land hat einfach mit totalitären Ansichten und Regime furchtbare Erfahrung gemacht, da wollen wir alle nicht zurück, aber müssen aber auch an der Stelle auch mal sagen, wenn öffentliches Geld fließt oder aber, wenn öffentliche Immobilien zur Verfügung gestellt werden, wo im Prinzip extra kein Geld genommen wird, um jungen Menschen Räume zur Verfügung zu stellen, dann haben wir den Anspruch auch, dass sich diejenigen die unsere Vertragspartner sind, dann auch so vertragskonform verhalten und eben Personen oder Organisationen am Ende, die sich einfach tatsächlich rechtsstaatswidrig, rechtsstaatsangreifend und rechtsstaatsverachtend zeigen, dass die darauf achten, dass denen kein Raum gegeben wird.

Und dafür haben wir diesen Antrag gestellt und mich würde auch tatsächlich Ihre Haltung da interessieren. Also ich würde mich schon freuen, wenn wir darüber, wenn sich ein paar Kollegen aus dem Stadtrat dazu jetzt auch mal äußern, dass wir das jetzt nicht einfach so abtun. Das ist ein wichtiger Antrag, und ich sehe auch in der Antwort der Stadtverwaltung, dass sie das überhaupt nicht auf dem Schirm gehabt hat. Ja, aber nachdem im Prinzip Herr Bönisch das nochmal angefragt hatte, dankenswerterweise, steht eben wortwörtlich Antifa-Café da drin, und das kann es am Ende nicht sein und da muss unsere Stadt einfach handeln.

Frau Dr. Brock

Ich hab jetzt Herrn Bochmann und dann Frau Dr. Marquardt.

Herr Bochmann

(Unverständlich) und wenn ich das doch am Ende richtig gehört habe, sind Sie doch gegen Antifaschismus. Mir stellt sich dann immer die Frage, Sie haben ja mit (unverständlich) einen recht prominenten Faschisten in Ihrer Partei. Gibt es denn noch weitere Faschisten in Ihrer Partei, das klang jetzt so ein bisschen so?

Herr Raue

Ist das eine Frage an mich jetzt gewesen?

Herr Bochmann

Ja, natürlich. Also ich weiß nicht. Sie sind gegen Antifaschismus.

(Zwischenrufe)

Ich verstehe nicht, warum Sie so sehr ja gegen Antifaschismus sind. Klar, es gibt auch Spinner. Ich denke, die Antifa an sich, also Antifaschismus ist schon ein recht vernünftiges Ziel.

Frau Dr. Brock

Herr Raue, ich erteile das Wort. Frau Dr. Marquardt.

Frau Dr. Marquardt

Ich wollte nur nochmal auf die Stellungnahme der Verwaltung hinweisen. Also wir empfehlen, dass der Antrag für erledigt erklärt wird.

Frau Dr. Brock

Es gibt aber jetzt keinen Geschäftsordnungsantrag dieser Art? Wir müssten den trotzdem abstimmen. Herr Raue nochmal.

Herr Raue

Also kurz zu Frau Dr. Marquardt und zu Herrn Bochmann. Fangen wir mal mit Herrn Bochmann an. Also na klar bin ich ein Antifaschist, ist doch ganz klar, Herr Bochmann. So möchte ich auch verstanden werden. Und wenn Sie mich fragen, ob es bei uns in der AfD Faschisten gibt? Ich kenne keine. Es gibt niemanden, den ich so betiteln würde, auch wenn andere dieses Wort gebrauchen, muss ich es ja nicht gebrauchen. Aber was ich gesagt habe und worauf ich hingewiesen habe, ist, dass man sich unter dem Deckmantel, und da habe ich auch gesagt, unter dem positiven Deckmantel des Antifaschismus versammelt, um im Prinzip gegen Bürgerrechte, und das sind Bürgerrechte, Meinungsfreiheit und auch die Sicherheit von Eigentum und eigener Person, das sind hohe Bürgerrechte, die eigene Unversehrtheit. Also, wenn man sich unter dem Deckmantel des Antifaschismus versammelt und Molotowcocktails und Steine auf Polizisten wirft, ich weiß nicht, Herr Bochmann, wie Sie das verantworten können. Sie setzen sich dahin schmunzeln, werfen mir hier so ein Begriff zu, Herr Höcke ist ein Faschist. Sie können die Leute nennen, wie Sie wollen, das können Sie mit sich selbst ausmachen. Aber wie Sie eine Antifa, die so viele Polizisten schon schwer verletzt hat, an dieser Stelle verteidigen können, das weiß ich nicht. Aber das müssen Sie mit sich ausmachen. Ich kann es nicht.

Und vielleicht noch zu Frau Marquardt. Also Frau Marquardt, Sie haben mir die Antwort dahin geknallt. Ja, das fand ich ja schon, ehrlich gesagt, ziemlich frech, weil eigentlich müssten Sie ja wissen, was in den Verträgen steht, und Sie wissen auch ganz genau, was ich die ganze Zeit im Stadtrat und auch in den Ausschüssen vorbringe. Ich hab auch hier zu unserem Antrag eine ganze Menge Beweise, Screenshots und auch anderes Material angehängt, Kopien vom Verfassungsschutzbericht, Auszüge daraus. Also ich weiß nicht, wie Sie sagen könnten, der Antrag ist erledigt. Er ist überhaupt nicht erledigt. Sie haben noch nicht mal dem Reil 78 angewiesen, dafür zu sorgen, dass diese Veranstaltungen nicht mehr stattfinden. Haben Sie das gemacht oder haben Sie denen das nicht angewiesen? Ich frage Sie jetzt mal ganz deutlich Frau Marquardt. Haben Sie denen angewiesen sich von Organisationen, die extremistisch sind, dass sie den Organisationen keinen Raum mehr bieten und dass die Organisation vom Grundstück sich fernhalten müssen? Haben Sie das gemacht oder haben Sie das nicht gemacht?

Ich finde zumindest in den Unterlagen, die ich gesehen habe vom Reil 78, und Sie können mir glauben, ich habe jede Seite gelesen. Ich finde da nicht einen Beleg dafür, dass Sie das getan haben.

Frau Dr. Brock

Möchten Sie was dazu sagen, ja Frau Dr. Marquardt, dann würde ich den Antrag abstimmen lassen, wenn Sie gesprochen haben. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Frau Dr. Marquardt

Alle Mieter wissen, dass verfassungsfeindliche Aktivitäten von der Stadt nicht geduldet werden.

(Zwischenrufe)

Frau Dr. Brock

Wir machen jetzt keinen Dialog. Dann Herr Raue kurz und dann Herr Sondermann.

Herr Raue

Frau Marquardt, Sie sagen, alle wissen das. Na ja gut, Sie wissen es jetzt ja auch, was da läuft. Sie wissen wirklich, was läuft, weil das sind ja teilweise Original-Screenshots von den Eintritten und von der Website von KubultubuRebell und auch von anderen Seiten, ich weiß jetzt nicht wie es heißt, VL, das kennen Sie ja auch, die wir gemacht haben. Die können Sie alle prüfen, die sind alle authentisch. Ich hoffe auch, dass Sie das gemacht haben, verantwortungsbewusst wie Sie sind. Aber jetzt sagen Sie mir, die wissen, dass im Prinzip Extremisten auf dem Gelände nichts zu tun haben und sie halten sich nicht daran. Welche Konsequenzen hat das?

Frau Dr. Brock

Jetzt habe ich Herrn Sondermann.

Herr Sondermann.

Ich möchte nur noch ganz kurz sagen, das ist meine persönliche Meinung, (unverständlich) alles, was Herr Raue gerade der Antifa anlastet, entspricht vollends dem Parteiprogramm seiner eigenen Partei. Also, ich halte das jetzt für Nonsense, was wir jetzt gerade fabrizieren.

Frau Dr. Brock

Dann würde ich den Antrag jetzt gerne abstimmen.

Herr Raue

Es bleibt noch eine Frage offen, liebe Frau Brock.

Frau Dr. Brock

Aber Frau Marquardt muss nicht antworten, wenn sie nicht will.

Frau Dr. Marquardt

Ich habe nichts hinzuzufügen.

Herr Raue

Sie flüchten sich schon wieder, weil

(Zwischenrufe)

Frau Dr. Brock

Ich lasse jetzt die sachkundigen Einwohner über den Antrag abstimmen. Und zwar Herr Bartl.

Herr Bartl

Nein.

Frau Dr. Brock

Herr Dr. Bartsch.

Herr Dr. Bartsch

Nein.

Frau Dr. Brock

Herr Bochmann.

Herr Bochmann

Nein.

Frau Dr. Brock

Frau Hartung.

Frau Hartung

Nein.

Frau Dr. Brock

Frau Hirschnitz ist nicht mehr da. Herr Kenkel.

Herr Kenkel

Nein.

Frau Dr. Brock

Frau Krimmling.

Frau Krimmling

Nein.

Frau Dr. Brock

Frau Dr. Richter.

Frau Dr. Richter

Nein.

Frau Dr. Brock

Frau Rühlmann.

Frau Rühlmann

Nein.

Frau Dr. Brock

Dann ist es einstimmige Empfehlung der sachkundigen Einwohner den Antrag abzulehnen.
Dann jetzt die Stadträte. Herr Lochmann.

Herr Lochmann

Nein.

Frau Dr. Brock

Brock. Nein. Herr Dr. Ernst.

Herr Dr. Ernst

Nein.

Frau Dr. Brock

Frau Mackies.

Frau Mackies

Nein.

Frau Dr. Brock

Frau Müller.

Frau Müller
Nein

Frau Dr. Brock
Herr Raue.

Herr Raue
Ja.

Frau Dr. Brock
Frau Schmidt.

Frau Schmidt
Nein.

Frau Dr. Brock
Herr Sondermann.

Herr Sondermann
Nein.

Frau Dr. Brock
Herr Steinke.

Herr Steinke
Nein.

Frau Dr. Brock
Frau Dr. Wünscher.

Frau Dr. Wünscher
Nein.

Frau Dr. Brock
Dann ist das mit einer Fürstimme abgelehnt.

- Ende Wortprotokoll-

zu 5.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/02107

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Rechtsrahmens, alle

Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Förderung oder Unterstützung soziokultureller Projekte und anderer Einrichtungen in der Stadt Halle mit öffentlichen Mitteln zu beenden, wenn diese extremistische, gewaltbereite, gewaltunterstützende oder verfassungsfeindliche Organisationen, Gruppen oder Personen (z.B. Rote Hilfe oder Offenes Antifaplenum), direkt oder indirekt, beispielsweise durch das zur Verfügung stellen von Räumen, Material oder Ressourcen für Veranstaltungen und Treffen, fördern oder unterstützen oder in den letzten vier Jahren unterstützt haben.

zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben
Vorlage: VII/2021/02262

zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben; BV VII/2021/02262
Vorlage: VII/2021/02631

Frau Dr. Brock verwies auf die zum Thema gehörende Präsentation, welche im Session hinterlegt unter der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung vom 27.04.2021.

Herr Sondermann sagte, dass die Fraktion MitBürger & Die PARTEI den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt, vertagte den Antrag aber bis zur nächsten Sitzung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben
Vorlage: VII/2021/02262

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Koordinierungsstelle Nachtleben bzw. eine Stelle Fachbeauftragte*r für Nachtkultur einzurichten. Mit dem Schwerpunkt Nachtkultur fungiert diese Stelle als Mediatorin und Multiplikatorin zwischen Nachtschwärmenden, Anwohnenden, Clubbetreibenden, Gastronomie und Stadtverwaltung. Im besonderen Wissen um die Strukturen und sozialen Netzwerke der halleschen Clubszene, soll diese Stelle besonders dem Erhalt, Förderung und Wiederbelebung von Standorten der Nachtkultur nach der Pandemie verpflichtet sein. Sie soll die Potenziale der Stadt eruieren, Synergien schaffen und dazu beitragen, das Miteinander zu stärken.

Folgende Aufgabenschwerpunkte soll diese Stelle erfüllen:

- konzeptionelle Arbeit für ein sichereres Nachtleben
- Beratung und Standortentwicklung
- Vernetzung von Club-, Subkultur- und Kreativszene sowie Gastronomie und Veranstaltungsbranche
- Schnittstellenarbeit zwischen der Nachtkultur, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat

- Koordination von Prozessen, die die Club- und Livemusikspielstätten sowie die Nachtkultur betreffen (Verdrängungs- und Schließungskonflikte, Standortveränderungen, neue Standorte)
- zentrale Ansprechperson für die Akteure*innen der Nachtkultur (insbesondere Clubs und Livemusikspielstätten, nachtkultureller Veranstalter*innen sowie Open-Air-Kollektive)
- Lotsenfunktion sowie Interessensvermittlung zwischen nachtkulturellen Veranstaltern*innen, Ordnungsbehörden und Stadtverwaltung

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben; BV VII/2021/02262
Vorlage: VII/2021/02631**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der **Die Oberbürgermeister Stadtverwaltung** wird beauftragt, **die Einrichtung** einer Koordinierungsstelle Nachtleben bzw. einer Stelle Fachbeauftragte*r für Nachtkultur **einzurichten zu prüfen. Dazu sind relevante Vertreter*innen aus mindestens der Club-, Subkultur- und Kreativszene, der Gastronomie und Veranstaltungsbranche, der Stadtverwaltung und Polizeidirektion einzubeziehen. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis Ende 2021 vorgelegt.**

Mit dem Schwerpunkt Nachtkultur fungiert diese Stelle als Mediatorin und Multiplikatorin zwischen Nachtschwärmenden, Anwohnenden, Clubbetreibenden, Gastronomie und Stadtverwaltung. Im besonderen Wissen um die Strukturen und sozialen Netzwerke der halleschen Clubszene, soll diese Stelle besonders dem Erhalt, Förderung und Wiederbelebung von Standorten der Nachtkultur nach der Pandemie verpflichtet sein. Sie soll die Potenziale der Stadt eruieren, Synergien schaffen und dazu beitragen, das Miteinander zu stärken.

Folgende Aufgabenschwerpunkte soll diese Stelle erfüllen:

- konzeptionelle Arbeit für ein sichereres Nachtleben
- Beratung und Standortentwicklung
- Vernetzung von Club-, Subkultur- und Kreativszene sowie Gastronomie und Veranstaltungsbranche
- Schnittstellenarbeit zwischen der Nachtkultur, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat
- Koordination von Prozessen, die die Club- und Livemusikspielstätten sowie die Nachtkultur betreffen (Verdrängungs- und Schließungskonflikte, Standortveränderungen, neue Standorte)
- zentrale Ansprechperson für die Akteure*innen der Nachtkultur (insbesondere Clubs und Livemusikspielstätten, nachtkultureller Veranstalter*innen sowie Open-Air-Kollektive)
- Lotsenfunktion sowie Interessensvermittlung zwischen nachtkulturellen Veranstaltern*innen, Ordnungsbehörden und Stadtverwaltung

zu 5.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02367

zu 5.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2021/02367
Vorlage: VII/2021/02616

zu 5.5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2
Vorlage: VII/2021/02626

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für Herrn Martin Schmitz das Rederecht erteilt.

Herr Dr. Ernst brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen. Er sagte, dass der Änderungsantrag unter TOP 5.5.1 übernommen wird. Zum Änderungsantrag 5.5.1.1 fragte er, ob die Gestaltung der Verteilerkästen zum Andenken an den 9. Oktober 2019 mit den Eigentümern abgesprochen wurde.

Er widersprach der Stellungnahme der Verwaltung, den Antrag für erledigt zu erklären, und sagte, dass es durchaus Möglichkeiten zur Verbesserung gibt. Er bat um Darlegung, wo bereits eine Zusammenarbeit erfolgt ist, mit welchen Partnern, zu welcher Finanzierung und welche Projekte bereits realisiert wurden und künftig geplant sind.

Herr Schmitz sagte, dass viele Verteilerkästen, seien es die der Halle Netz GmbH oder andere, nicht sehr ansehnlich sind. Daher ist es erfreulich, wenn sich Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine engagieren, um die Kästen künstlerisch aufzuwerten. Das wurde in der Vergangenheit bereits vollzogen, teils mit Schulen und Kindergärten aber auch mit anderen Partnern. Mittels einer Vereinbarung werden die Rahmenbedingungen gesetzt und die Flächen zur Verfügung gestellt.

Frau Rühlmann sprach sich für das Anliegen aus, dieses sollte aber weiterhin aus der Bürgerschaft entstehen und stellt keine kommunale Aufgabe dar.

Frau Müller stimmte den Äußerungen von Frau Rühlmann zu. Den Ausführungen von Herrn Schmitz war zu entnehmen, dass es ein laufender Prozess ist, und dieser sollte fortgeführt werden, eine Einbeziehung der Verwaltung ist nicht notwendig.

Herr Steinke sagte, dass die Diskussion ähnlich der im Bildungsausschuss verläuft und sich eine Erledigung des Antrages herauskristallisiert. Er werde prüfen, ob die wichtigen Punkte zusammengefasst als Anregung mitgegeben werden können.

Herr Dr. Ernst vertagte daraufhin den Antrag um einen Monat. Er bat die Verwaltung und Herrn Schmitz um eine Übersicht zu einzelnen konkreten Projekten, was bereits erfolgt ist, was geplant ist und wer Partner ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02367

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

- In Kooperation mit der EVH und anderen potentiellen Partnern werden geeignete Verteilerkästen und Trafohäuser farblich umgestaltet und somit optisch aufgewertet.
- Sujets können sich aus der Stadtgeschichte oder aus dem Stadtviertel herleiten.
- Eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit benachbarten Kitas und Schulen sowie der Kunsthochschule Burg Giebichenstein ist dabei anzustreben.
- Darüber hinaus wird ein Gestaltungswettbewerb mit halleschen Künstlerinnen und Künstlern initiiert.

zu 5.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2021/02367
Vorlage: VII/2021/02616

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

- In Kooperation mit der EVH, **der Halle Netz GmbH** und anderen potentiellen Partnern werden geeignete Verteilerkästen und Trafohäuser farblich umgestaltet und somit optisch aufgewertet.
- Sujets ~~können~~ **sollten** sich aus der Stadtgeschichte oder aus dem Stadtviertel herleiten.
- Eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit benachbarten Kitas und Schulen sowie der Kunsthochschule Burg Giebichenstein ist dabei anzustreben.
- Darüber hinaus wird ein Gestaltungswettbewerb mit halleschen Künstlerinnen und Künstlern initiiert.
- **Die Verwaltung wird beauftragt, einmal pro Jahr in den betreffenden Ausschüssen über den aktuellen Stand zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet zu berichten.**
- **Die optische Aufwertung von bereits verunstalteten Verteilerkästen und Trafohäusern ist dabei prioritär zu behandeln.**

**zu 5.5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2
Vorlage: VII/2021/02626**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

- In Kooperation mit der EVH, der Halle Netz GmbH und anderen potentiellen Partnern werden geeignete Verteilerkästen und Trafohäuser farblich umgestaltet und somit optisch aufgewertet.
- Sujets sollten sich aus der Stadtgeschichte oder aus dem Stadtviertel herleiten.
- Eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit benachbarten Kitas und Schulen sowie der Kunsthochschule Burg Giebichenstein ist dabei anzustreben.
- Darüber hinaus wird ein Gestaltungswettbewerb mit halleschen Künstlerinnen und Künstlern initiiert.
- Die Verwaltung wird beauftragt, einmal pro Jahr in den betreffenden Ausschüssen über den aktuellen Stand zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet zu berichten.
- Die optische Aufwertung von bereits verunstalteten Verteilerkästen und Trafohäusern ist dabei prioritär zu behandeln.
- **Verteilerkästen, die im Andenken an die beim rassistischen und antisemitischen Anschlag am 09. Oktober 2019 ermordeten Jana und Kevin im Stadtgebiet erinnern, werden erhalten und gepflegt.**

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Vorschlagsliste zur Namensvergabe um Anton-Wilhelm Amo
Vorlage: VII/2021/02546**

Frau Dr. Wünscher übernahm die Sitzungsleitung.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Übersicht Gäste Projektförderung 2019 Darstellende Künste und Bildende Künste**

Frau Dr. Marquardt verwies auf die in Session hinterlegte Übersicht: Gäste Projektförderung 2019 – Darstellende Künste und Bildende Künste.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 **Mitteilung zur Antragseinreichung für Kultursommer**

Frau Dr. Marquardt verwies auf den Stadtratsbeschluss aus der März-Sitzung zur Prüfung der stärkeren Unterstützung von Kulturschaffenden. Die Verwaltung unterstützt die Kulturschaffenden auf vielfältige Weise, dies impliziert unter anderem die zügige Unterstützung bei Genehmigungen für Veranstaltungen. Man ist auch im intensiven Austausch mit allen, die die Anträge auf Kulturförderung gestellt haben.

Sie informierte, dass die Bundeskulturstiftung kurzfristig ein Programm geschaffen hat, welches Kommunen eine Antragstellung für einen Kultursommer 2021 ermöglicht. Dies umfasst eine 80-prozentige Förderung für freischaffende Künstler. Sie bat Frau Unger um detaillierte Ausführungen.

Frau Unger sagte, dass die Verwaltung einen solchen entsprechenden Antrag gestellt hat. Unter der Bezeichnung Kultursommer ist zu verstehen, dass Veranstaltungen über die gesamte Sommerzeit bis in den Herbst hinein stattfinden können. Voraussetzung ist, dass die Veranstaltungen nicht vor März feststanden. Es sollen vorrangig Künstlerinnen und Künstler gefördert werden und das junge Zielpublikum erreicht werden, um die Pandemiefolgen für die Jugend abzumildern.

Für den 20 Prozent aufzubringenden Eigenmittelanteil wurden als Partner das Stadtmarketing sowie die Initiative Impuls für neue Musik generiert. Konzeptionell habe man alles offen gehalten, man möchte mit kleinen Formaten in die Quartiere gehen, um flexibel auf die Pandemiesituation reagieren zu können. Der Antrag wurde zudem unter die Überschrift gestellt: Hallexa- wohin gehen wir heute? #hall2021sommerimquartier. Die Bescheidung über den Antrag soll Ende Mai erfolgen.

Frau Dr. Marquardt ergänzte, dass auch das Freiraumbüro hinsichtlich der Findung von Räumen unterstützt. Das Freiraumbüro habe darüber hinaus den Bundespreis „Kooperative Stadt“ erhalten.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Raue zur Kulturförderung 2021

Herr Raue fragte, ob die Fördermittel für Kunst und Kultur sicher bis Jahresende abfließen oder ob zu erwarten ist, dass durch pandemiebedingte Berufseinschränkungen Fördermittel übrig bleiben und vielleicht ins nächste Jahr übertragen werden können.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die finanziellen Mittel nicht ins nächste Jahr übertragbar sind. Ziel ist eine Unterstützung der Kulturschaffenden und die Umsetzung derer Projekte. Über den aktuellen Stand wird die Verwaltung im September berichten.

zu 8.2 Frau Dr. Wünscher zu Fördermittelvergabe

Frau Dr. Wünscher fragte nach der Höhe der schon abgeflossenen Fördermittel.

Frau Dr. Marquardt antwortete, mit vielen Vereinen im Austausch zu sein, da noch nicht absehbar ist, welche Projekte aufgrund der Pandemie umsetzbar sind. Es liegen noch nicht alle Bewilligungen vor. Man ist aber hoffnungsvoll, dass in den kommenden Wochen alle Gespräche zu überarbeitenden Projektplänen und Finanzierungsmöglichkeiten abgeschlossen werden können und die Bewilligungen vorliegen.

zu 8.3 Frau Dr. Wünscher zum Stand Förderung Jugendwerkstatt

Frau Dr. Wünscher fragte nach dem Stand der Ausreichung der Zuwendungen für die Jugendwerkstatt Frohe Zukunft.

Frau Unger sagte eine schriftliche Beantwortung zu, sei aber der Meinung, dass die Bewilligung vorliegt.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Vorschlagsliste zur Namensvergabe um Christa Wolf Vorlage: VII/2021/02547

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Anregung geprüft wird. Diese wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Wünscher beendete den öffentlichen Teil der Kulturausschusssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Inés. Brock
stellv. Ausschussvorsitzende

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin

Dr. Ulrike Wünscher
Sitzungsleiterin